

Rede von Hans-Dietrich Genscher (Stuttgart, 6. Januar 1981)

Legende: In seiner Rede am 6. Januar 1981 in Stuttgart spricht sich Bundesausenminister Hans-Dietrich Genscher für eine verstärkte politische Kooperation zwischen den Zehn aus.

Quelle: FDK: Freie Demokratische Korrespondenz. 06.01.1981, Nr. 2. Bonn: Pressedienst der Freien Demokratischen Partei. "Rede des F.D.P.-Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart (6. Januar 1981)".

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_hans_dietrich_genscher_stuttgart_6_januar_1981-de-73cd40b0-7dce-479b-8c7c-8404afe7c69e.html

Publication date: 18/12/2013

Rede von Hans-Dietrich Genscher (Stuttgart, 6. Januar 1981)

[...]

Unsere Sicherheit gewinnen wir aus dem westlichen Bündnis und der Europäischen Gemeinschaft. Hier allein finden wir auch das Fundament für unsere Politik gegenüber dem Osten. Alle Fortschritte, die wir im West-Ost-Verhältnis und im deutsch-deutschen Verhältnis erreichen konnten, erreichten wir nicht trotz, sondern wegen unserer Mitgliedschaft in den beiden westlichen Gemeinschaften. Wer an dieser Bindung und Mitgliedschaft rütteln möchte, muß wissen, unser Gewicht - auch im West-Ost-Verhältnis - hängt ab von unserem Gewicht in den westlichen Gemeinschaften.

Berechenbarkeit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik muß auch im Verhältnis zu unseren westlichen Partnern eine sichere Größe sein, - das bestimmt übrigens auch unser Gewicht und unseren Wert als Entspannungspartner nach Osten.

Zu den großen Herausforderungen unserer Zeit gehört das Anwachsen des atomaren Vernichtungspotentials. Rüstungskontrolle und Abrüstung sind die unverzichtbaren Überlebensaufgaben der Menschheit. Wir begrüßen den Willen der neuen amerikanischen Führung, die Verhandlungen über die strategischen Atomwaffen fortzusetzen. Es war ein großer Erfolg unserer Politik, daß wir mit dem Doppelbeschluß für die Mittelstreckenwaffen die Aufnahme von Verhandlungen über diese Waffen erreichen konnten.

Alle diejenigen, die jetzt beginnen, am Doppelbeschluß oder doch wenigstens an einem Teil, nämlich dem Nachrüstungsteil zu deuteln oder zu rütteln, mögen bitte bedenken, daß sie damit den Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen die Grundlagen entziehen.

Das Ergebnis eines solchen Verhaltens wäre dauerhafte sowjetische Überlegenheit, Instabilität und Unsicherheit anstatt Rüstungsbegrenzung, Abrüstung, Gleichgewicht und Stabilität.

Es geht hier nicht um beliebig zur Diskussion zu stellende Einzelentscheidungen, sondern um die Substanz der gesamten westlichen Sicherheits- und Abrüstungspolitik.

Sie darf nicht in Frage gestellt werden.

Wir wissen, auch die Sowjetunion hat ihr Sicherheitsbedürfnis. Wir erkennen das an, und wir erwarten das gleiche von der Sowjetunion uns gegenüber.

Unverändert ist die Politik des Westens gegenüber dem Osten auf Zusammenarbeit und Interessenausgleich auf der Grundlage des Gleichgewichts gerichtet.

Gleichgewicht wollen wir auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen.

Diese Politik ist ein Angebot der Verantwortung: Für den Weltfrieden und für die Entwicklung der Dritten Welt.

Ein neuer Rüstungswettlauf würde beides gefährden.

Die hungernden Menschen in der Dritten Welt mahnen uns.

Sie wollen durch gleichberechtigte Zusammenarbeit Überwindung von Hunger, Krankheit und Unwissenheit und nicht neue Bevormundung oder gar Unterdrückung.

Afghanistan und die weltweite Reaktion darauf sollten für die Sowjetunion Anlaß zum Umdenken sein.

Die Politik der Vorherrschaft hat keine Zukunft.

Der Wille zur Selbstbestimmung ist weltweit stärker.

Die Führung der Sowjetunion, die auf dem in Februar 1981 stattfindenden Parteitag die Politik für die nächsten Jahre festlegt, sollte die Ernsthaftigkeit des westlichen Willens zur Zusammenarbeit und zur Abrüstung ebenso erkennen, wie die Vorteile, die diese Politik auch ihr bietet.

Zusammenarbeit setzt aber auch voraus, daß alle Beteiligten alle Grundsätze der Schlußakte von Helsinki beachten. So ernsthaft wie der Wille zur Zusammenarbeit ist, ist der Selbstbehauptungswille des Westens. Östliche Überlegenheit wird der Westen im Interesse des Friedens und der eigenen Freiheit nicht hinnehmen. Unsere Politik der Verantwortung, unser Angebot der Zusammenarbeit an den Osten, setzt ein kraftvolles Europa, ein handlungsfähiges Bündnis und die enge Zusammenarbeit der Europäer mit den

Vereinigten Staaten voraus.

Hier in diesem Raum hat am 6. September 1946 der amerikanische Außenminister Byrnes den Weg geöffnet für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands.

Die Entscheidung, die zu der damaligen Rede Außenminister Byrnes führte, war einer der unverzichtbaren Bausteine für ein wirtschaftlich, sozial und politisch stabiles Europa.

An der Schwelle eines neuen Jahres und angesichts großer Herausforderungen für den Weltfrieden sollten wir uns in diesem Raum bewußt sein: auch in Zukunft gehören Europa und Amerika zusammen.

Nur wenn Deutsche und Amerikaner, nur wenn Europäer und Amerikaner im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung für Freiheit und Demokratie, für Selbstbestimmung und Menschenrechte handeln, werden wir den Frieden bewahren können.

Nur ein Europa, das entschlossen alles für seine Sicherheit Notwendige tut, erfüllt seine Pflichten gegenüber sich selbst und für die gemeinsame transatlantische Sicherheit von Europäern und Amerikanern.

Nicht überall in Europa wird das so deutlich gesehen, wie das z.B. Frankreich tut.

Europa darf sich nicht als Kostgänger amerikanischer Verteidigungsbereitschaft verstehen.

Es muß zusammen mit den Vereinigten Staaten seinen Verteidigungswillen und seine Verteidigungsfähigkeit unter Beweis stellen, wenn es außenpolitisch handlungsfähig und im Ost-West-Dialog und Abrüstungsdialog zusammen mit den Vereinigten Staaten gestaltunfähig sein will. Die Vereinigten Staaten sind keine Wach- und Schließgesellschaft für Europa, die man sich nach Möglichkeit noch kostenlos bestellen kann.

Die Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit dürfen von den Europäern nicht nur in der unbestreitbar wichtigen Reform des Agrarmarktes, im Streit über Marktordnungen und auch nicht in den Auseinandersetzungen zwischen den Organen der Gemeinschaft gesucht werden.

Ein Europa, das sich nur darin verstehen würde, beschränkt mit der Stagnation den Weg des Zerfalls.

Es meldete sich ab aus der internationalen Politik.

Europa braucht einen neuen politischen Impuls.

Es braucht einen sichtbaren Schritt in Richtung auf die Europäische Union.

Ich frage: Ist es nicht endlich Zeit für einen Vertrag über die Europäische Union ?

Um die schon vorhandene Verflechtung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und unter den 10 Mitgliedstaaten stärker in Richtung auf diese Union auszurichten.

Um den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaft zu stärken, damit die Gemeinschaft in die Lage versetzt wird, auch psychologisch die 1981/82 anstehenden schwierigen internen Probleme zu lösen. Um die Grundlagen für gemeinsames außenpolitisches Handeln zu festigen und damit das Gewicht der Gemeinschaft als Partner der USA und mit den USA zusammen in der internationalen Politik zu verstärken.

Ziele einer Europäischen Union müssen sein: die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, der Ausbau der Gemeinschaftspolitiken entsprechend den Verträgen von Paris und Rom, die Abstimmung im Bereich der Sicherheitspolitik, die engere Zusammenarbeit im kulturellen Bereich und die Harmonisierung der Gesetzgebung.

Diese Forderungen sind alle nicht neu, in vielen Dokumenten sind sie zu finden, aber die Zeit ist reif, sie in die Wirklichkeit umzusetzen.

Wir Deutschen, hier im Herzen Europas, müssen uns immer wieder die Frage stellen, was können wir tun, damit die Spannungen sich nicht verschärfen, was können wir tun, damit Spannungen abgebaut und Zusammenarbeit verbessert wird ?

Die Völker Europas wollen keine neue Konfrontation, sie wollen keine Verschärfung der Lage, sie wollen keine Abgrenzung, sie wollen in Frieden leben und arbeiten, sie wollen die Gräben zuschütten und sie nicht vertiefen.

Das alles gilt für die Deutschen im geteilten Land in besonderem Maße.

[...]

